

# WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 70-73

Autor: *Reinhard Jellen*

Rezension

Hans Eichel, Hilmar Hoffmann (Hg)

## **Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft.**

Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung (Hessen im Dialog/Römerberggespräche), Reinbek 1999 (Rowohlt), 254 S., 16.90 DM.

Anlässlich des 150. Jubiläums der demokratischen Revolution von 1848 wurden am 5. und 6. Juni 1998 von der hessischen Landesregierung und dem Kuratorium der Römerberggespräche 28 verschiedene Referenten aus den Reihen von Wissenschaft, Schriftstellerei, Publizistik, Jura, Theologie, Psychologie und Politik zu einem Kongress über die Entwicklungsfähigkeit des demokratischen Erbes in Europa geladen. Die über die im Zusammenhang mit der Globalisierung stehenden Themenkomplexe wie die Realisierungsmöglichkeiten der demokratischer Prinzipien von Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit sowie die Zukunft von Sozialstaat und Bürgergesellschaft gehaltenen Vorträge liegen mit von Hans Eichel und Hilmar Hoffmann herausgegebenen, insgesamt wirklich erfreulichen Sammelband in schriftlicher Form vor.

Weitgehende Übereinstimmung wurde auf dem Forum in der Schilderung der *Phänomene* der aktuellen Globalisierungstendenzen und ihrer Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und Mensch sowie in der Anmahnung aktuellen Handlungsbedarfs an Politik und Bürgergesellschaft erzielt, während *Analyse* und *Therapieansätze* durchaus unterschiedlich ausfielen. Frankfurts Oberbürgermeisterin *Petra Roth* und der zu der Zeit amtierende hessische Ministerpräsident *Hans Eichel* beschäftigen sich in ihren Eröffnungsreden mit den ambivalenten Entwicklungstendenzen in der Globalisierung, wobei Eichel bei der Schilderung der aktuellen gesellschaftlichen Prozesse an die gesellschaftliche und politische Situation vor 1848 erinnert und auf jene Stellen im „Kommunistischen

Jellen: Eichel

Manifest“ verweist, in denen bereits die Verdrängung der nationalen Industrie durch die internationale, die Universalisierung der Bedürfnisse, die Bildung eines Weltmarkts und die Individualisierung der Menschen prognostiziert wurden. Beide Redner mahnen eine politische Neubestimmung von Solidarität und das Engagement der Bürger an.

Der Münchner Soziologe *Ulrich Beck* macht in seinem Referat „Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?“ sehr schön auf einen Tatbestand aufmerksam, der im Kosovo-Krieg in beinahe idealtypischer Form zu beobachten war: die selektive Wahrnehmung der universalen Menschenrechte und kosmopolitischer Positionen zur Legitimation militärischer Aktionen. „Gerade weil das weltweite Einklagen von Grundrechten als hoch legitim und entsprechende militärische Interventionen als ‘selbstlos’ gelten, bleibt oft unerkannt, dass sie sich deswegen auf das wundervollste verquicken lassen mit den ältesten Zielen imperialer Weltpolitik.“ (54) Nach Beck nimmt die Gefahr militärischer Konflikte unter einem humanistischen Deckmäntelchen mit der Erosion der Nationalstaaten nicht ab, sondern zu: „Je erfolgreicher die Propheten des freien Weltmarkts global handeln – und damit national- und territorialstaatliche Strukturen ausgehöhlt werden –, desto größer wird die nun kosmopolitisch motivierte Bedrohung immer weiterer Teile der Weltbevölkerung durch ‘humanitäre Interventionen’ des Westens. In einem Weltsystem schwacher Staaten, wie es im Zuge neoliberaler Weltpolitik propagiert und geschaffen wird, steht einem imperialen Missbrauch der kosmopolitischen Mission nichts mehr im Wege.“ (55) Des weiteren macht Beck in seiner für ihn typischen, nicht unlauteren Weise auf die zumindest potentiell positiven Seiten des Globalisierungsprozesses aufmerksam und verweist darauf, dass diese allesamt durch den Ausbau staatlicher Strukturen in einem politisch geeinten Europa durch Weltbürgerparteien erstritten werden müssen.

Nicht Ideologie, sondern „höchst reale Tendenz“ ist die Globalisierung in dem besonders hervorzuhebenden Beitrag der Berliner Politologin *Birgit Mahnkopf*. Ihrer Meinung nach nimmt im Standortwettbewerb der Nationalstaaten, der den ‚Kampf der Systeme‘ abgelöst hat, der unmittelbare wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik in den Maßen ab, wie „die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften mittleren Niveaus sinkt, ... eine wachsende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften auf globalen Märkten befriedigt werden kann und ... der ebenfalls steigende Bedarf an gering qualifizierter Arbeit ... durch ein wachsendes Potential von ... Erwerbssuchenden befriedigt wird, die aufgrund der Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt bereit sind, unterwertige Jobs anzunehmen.“ (111) Hinzu kommt, dass mit der wachsenden Weltmarktorientierung der Unternehmen der Beitrag staatlicher Sozialpolitik zur Stabilisierung

der Konjunktur an Bedeutung verliert. Dementsprechend schrumpft die Rolle des Staates auf die Sicherung marktdienlicher Serviceleistungen: die Bereitstellung und Vermittlung leistungswilligen und -fähigen Menschenmaterials an die Wirtschaft, konforme Strukturanpassungen sowie die währungspolitische Aufrechterhaltung von Konvergenzstandards. Wenn aber, so Mahnkopf, „die Politik ihre Fähigkeit einbüßt, auch *gegen* bestimmte Marktkräfte zu operieren, so bedeutet dies, dass gesellschaftsverändernde Zukunftsgestaltung auf eine Nebenfolge der Entscheidungen von ‘unverfassten’ ökonomischen Mächten zusammenschrumpft; die Entscheidungen selbst erscheinen als ökonomische Sachzwänge.“ (120) Diese Tendenz kann nach Mahnkopf nur entgegengewirkt werden, wenn NGO's die jeweiligen Institutionen und Parteien unter Druck setzen.

Dass nicht der Sozialstaat, sondern gerade der neoliberale Wettbewerbsstaat überwuchernde bürokratische Strukturen schafft, weil es „je mehr deregulierte Marktentfaltung, desto mehr Bürokratie zur Beherrschung ihrer Konsequenzen“ (161) braucht ist die überraschende aber zutreffende *conclusio* aus dem Beitrag des Berliner Publizisten *Claus Koch*. Auf die mentalen Auswirkungen der Flexibilisierung auf die Lohnabhängigen, die ja die Zivilgesellschaft miterrichten sollen, macht der Vortrag des amerikanischen Soziologen *Richard Sennett* aufmerksam, während der hannoveranische Soziologe *Oskar Negt* darlegt, dass die positive Konnotation von Begriffen wie Globalisierung, Individualisierung, Flexibilisierung und Deregulierung daher rührt, „daß sie als Substanzbegriffe verwendet werden, deren zwiespältigen Interessenbezüge ausgeklammert sind..“ (200) Diese Substanzbegriffe müssten aufgesprengt und in ihre Funktionsteile zerlegt werden, um die völlig widersprechenden Seiten dieser Vorgänge augenscheinlich zu machen.

Dass es um eine Bürgergesellschaft schlecht bestellt ist, wenn diese anstelle der Politik den Gesellschaftskarren aus dem Dreck ziehen soll, bildet den erfrischend realistisch-pessimistischen Tenor der Beiträge von *Herbert Leuninger* und *Horst-Eberhard Richter*, welche einen Sammelband abschließen, der einen guten Überblick über die gegenwärtige Debatte liefert, auch noch leicht zu lesen und nicht zuletzt erschwinglich ist.

*Reinhard Jellen*